

Initiativkreis „Leipzig gegen Krieg“

P E T I T I O N

In Wahrnehmung des Artikels 17 des Grundgesetzes wendet sich der Initiativkreis „Leipzig gegen Krieg“ anlässlich des Ostermarsches 2009 mit folgender Forderung an den Petitionsausschuss der Ratsversammlung Leipzig:

Es ist für uns friedliebenden und weltoffenen Leipzigerinnen und Leipziger nicht hinnehmbar, dass vor den Toren unserer Stadt eine permanente Umwandlung des Flughafens Leipzig/Halle in eine militärische Drehscheibe der NATO und USA mit Duldung vom Freistaat und Stadt geschieht.

Nach monatelanger Leugnung musste selbst die Sächsische Staatsregierung im Mai 2008 diese Tatsache bestätigen. Aktuelle Recherchen des MDR-Magazins Fakt vom Februar 2009 belegen das ganze Ausmaß, einschließlich der Belastungen infolge Fluglärms für die Anwohner sowie der zusätzlichen Gefährdung der Leipziger Bevölkerung durch mögliche terroristische Anschläge.

Nachdem es einer engagierten Bevölkerung im irischen Shannon gelungen ist, den militärischen Missbrauch ihres Flughafens zu beenden, konzentriert man sich bewusst auf Leipzig. Günstige Lage zum Zwischenstopp, uneingeschränkte militärische Nachtflüge und – noch - eine relativ ruhige Bürgerschaft erscheinen den Strategen von Kriegen ideale Voraussetzungen für ihr Tun.

Doch auch die Leipzigerinnen und Leipziger wollen die permanente Unterstützung weltweiter Kriegshandlungen nicht länger dulden. So wie die Bürger Shannons, werden auch wir gegen den militärischen Missbrauch unseres Flughafens aufstehen.

Wir fordern hiermit die Ratsversammlung und den OBM der Stadt Leipzig auf, mit einer **Erklärung** gegen den Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidium/jetzt: Landesbehörde Leipzig, in dem „Flüge aufgrund militärischer Anforderungen“ vom Nachtflugverbot ausgenommen sind, Beschwerde einzulegen und diese Ausnahmegenehmigung zurück zu nehmen. Ebenso ist die ausschließlich friedliche Nutzung festzuschreiben.

Wir fordern hiermit die Ratsversammlung auf, den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig zu beauftragen, bei der Sächsischen Staatsregierung zu intervenieren, um dieser Zweckentfremdung des zivilen Flughafens Einhalt zu gebieten.

Wir fordern den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig bzw. dessen Vertreter auf, die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft sowie der Mitteldeutschen Airport Holding Leipzigs Friedenswillen und damit die Ablehnung militärischer Nutzung zu vertreten.

Leipzig, 11. April 2009

Initiativkreis „Leipzig gegen Krieg“